



Offener Brief der Göttinger Kampagne

„Here to stay. Selbstverwaltete Strukturen verteidigen“

an das Studentenwerk Göttingen

Göttingen 30. Oktober 2007

Liebes Studentenwerk,
erst einmal möchten wir uns für den offenen Brief bedanken, der uns in der vergangenen Woche erreicht hat. Endlich haben auch Sie sich veranlasst gefühlt, in der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen. Wir haben von Beginn an betont, dass die geplante Umstrukturierung der Mietverhältnisse kein administrativer, sondern ein politischer Akt ist, der daher auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollte.

Trotz der Freude sehen wir uns veranlasst, einige Punkte, die Sie in ihrem offenen Brief angesprochen haben, aufzugreifen und richtig zu stellen. Denn der Vorwurf, die Here-to-Stay-Kampagne würde „weitestgehend auf falschen Informationen beruhen“, kann so nicht stehen bleiben. Erst recht nicht, da Sie in ihrem Brief eine Sicht der Dinge darlegen, die nur sehr bedingt der Wahrheit entspricht.

Aber zuerst ein kurzer Rückblick: Die Häuser, um die es aktuell geht (Kreuzberggring 10/12, Rote Straße 1-5, Burgstraße 52, Gotmarstraße 9/10, Goßlerstraße 21) wurden in den 1970er und 1980er Jahren besetzt oder weiterbewohnt, um den geplanten Abriss zu verhindern. Nur aufgrund des Widerstandes der damaligen BewohnerInnen existieren diese Häuser und damit der studentische Wohnraum noch. Die Häuser sind von den damaligen BewohnerInnen erkämpft und eingerichtet worden; mit dem Anspruch, andere Wohnformen zu schaffen. Als aktuelle VertreterInnen der damals gegründeten Vereine und GBRs sehen wir es als unseren Auftrag an, diese Projekte und Ideen des solidarischen, kollektiven Zusammenlebens am Leben zu erhalten.

Mit der von Ihnen angedachten Auflösung der Kollektivmietverträge wäre – entgegen ihrer Behauptung – die bislang erfolgreich praktizierte Selbstverwaltung in den entsprechenden Häusern nicht mehr gewährleistet. Da Sie sowohl in Gesprächen als auch im Offenen Brief stets beteuern, es sei nicht das Ziel die Selbstverwaltung abzuschaffen, fragen wir uns, was denn das Ziel sei. Denn die von Ihnen vorgebrachten Argumente tragen zu einer Klärung nicht bei. Zum einen behaupten Sie offenbar wider besseren Wissens, es gäbe kaum eine Kontrolle über die Vergabe der Wohnplätze. Dabei reichen die BewohnerInnen der Häuser regelmäßig den Mietverträgen entsprechend Nachweise, d.h. Immatrikulationsbescheinigungen beim Studentenwerk ein, wodurch (bei Bedarf) eine vollständige Kontrolle über BewohnerInnen und Wohndauer vorhanden ist. Auch wenn wir grundsätzlich die Ausweitung sozialer Kontrolle ablehnen, stimmt es faktisch einfach nicht, dass Sie keine Kontrolle besäßen.

Auch der von Ihnen ins Feld geführte Wunsch nach Rechtssicherheit stößt bei uns auf Unverständnis, schließlich sind die Vereine und GbRs der Häuser im Besitz von gültigen und langjährig bewährten Mietverträgen.

Weiter schreiben Sie: Gleiches Recht für alle hieße Einzelmietverträge für alle. Ein für uns sehr fragwürdiger Versuch, die Umstrukturierung als einen solidarischen Akt hinzustellen. „Gleiches Recht für Alle“ heisst für uns: Jedes Haus kann sich selber die Form des Mietvertrages aussuchen, so dass sich die BewohnerInnen nach ihren Bedürfnissen ihr Wohnumfeld einrichten können. Mit verschiedenen Mietmodellen würde adäquat auf die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse der Studierenden geantwortet. Diese verschiedenen Bedürfnisse erkennt selbst auch das Studentenwerk an, da die Wohnplatz-Wartelisten immer nur für einzelne Wohnheime gelten. Die Gleichbehandlung, die von Ihnen hingegen gefordert wird, bedeutet: Allen soll es gleich schlecht gehen. Dies werden wir nicht akzeptieren. Das Versagen der (Wohn-)Politik kann nicht auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden und unter dem Banner der Gleichbehandlung zu einer (weiteren) Verschlechterung der Lebens- und Wohnverhältnisse führen.

Dies gilt auch für das Argument der Wohnzeitbegrenzung, die im übrigen entgegen Ihrer Behauptung in den meisten unserer Mietverträge nicht festgeschrieben ist. Eine Maßnahme, die – genauso wie die Studiengebühren – aufgrund ökonomischer Zwänge noch mehr Menschen die Möglichkeit nimmt, ihr Studium (ohne Aufnahme eines Kredits) abzuschliessen, als „Gleiche Chancen für alle“ hinzustellen, ist unserer Ansicht nach mehr als zynisch.

Weiterhin verwehren wir uns gegen Ihren Vorwurf, unsere Mietverträge in ihrer jetzigen Form würden die Studentenwerksbeiträge der Studierenden zweckentfremden. Neben den bereits aufgeführten regelmäßig eingereichten Nachweisen möchten wir darauf aufmerksam machen, dass die Einführung von Einzelmietverträgen mit einem wachsenden Verwaltungsaufwand verbunden wäre und so zu steigenden Kosten führen würde.

In einem Punkt müssen wir Ihnen besonders widersprechen: Sie schreiben, „dass jede Wohngemeinschaft nach wie vor ihre Mitbewohner selber aussuchen kann.“ Genau an diesem Punkt sind ihre Verhandlungen mit den BewohnerInnen der Goßlerstr. 21 gescheitert, und auch in anderen Gesprächen haben Sie uns dieses Recht explizit abgesprochen.

Ihre einseitige und zum Teil unwahre Darstellung der Tatsachen spricht nicht für ein ernsthaftes Interesse ihrerseits, unsere „Ideale von einem gemeinschaftlichen Zusammenleben“ zu respektieren. Ganz im Gegenteil, wir sehen die Auflösung der Kollektivmietverträge als einen Versuch an, soziale Zusammenhänge und Netzwerke zu zerstören, denn: Selbstverwaltung ist nur möglich bei grösstmöglicher Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit.

Wir können es nur wiederholen: es geht uns nicht um die Verteidigung von Privilegien, sondern darum, für alle das Recht einzufordern, bezahlbaren Wohnraum nach ihren Bedürfnissen einzurichten zu können.

Entgegen Ihrer Behauptung haben wir das Studentenwerk bisher nicht diskreditiert und haben dies auch in Zukunft nicht vor. Aber wir werden uns auch in Zukunft dagegen wehren, dass - wie in Ihrem Brief - die Verschlechterung der Bedingungen für alle als eine solidarische und gerechtigkeitsfördernde Maßnahme dargestellt wird.

Ihr Angebot lautet: „Entwickeln Sie Ideen, wie durch eine Anpassung unserer Belegungsordnung Ihre Ideale von einem gemeinschaftlichen Zusammenleben in das Studentenwerk eingebracht werden können.“ Das werden wir tun. Wir werden aber sicher nicht - wie bisher von Ihnen gefordert - unsere Ideale an die Belegungsordnung anpassen.

In der Hoffnung auf wirklich produktive Gespräche,

Ihre Here-to-Stay Kampagne

P.S.: In Bezug auf ihre Bitte, Einfluss auf die uns „nahe stehenden Kampagnen“ zu nehmen: Es ist für uns selbstverständlich und erfreulich, dass sich auch andere Gruppen und Kampagnen in Göttingen mit der Umstrukturierung befassen, diese als Angriff auf wichtige und ehemals erkämpfte Strukturen ansehen und daher kritisch begleiten. Auf deren Argumentationen und Vorgehensweisen haben wir keinen Einfluss. Wir sind die Here-to-Stay-Kampagne, vertreten die Vollversammlung der BewohnerInnen der aktuell betroffenen Häuser und sprechen nur für uns.

Hinweis an die Redaktionen:

Näheres zu den Hintergründen der Kampagne finden Sie unter www.heretostay.de. Für Nachfragen erreichen Sie Hannah Ehlers oder Florian Bergmann unter 0176-76 11 62 84.

„Here to stay. Selbstverwaltete Strukturen verteidigen“

c/o Verein für kommunikative Wohnformen

Gotmarstr. 9

37073 Göttingen

[http\\www.heretostay.de](http://www.heretostay.de)

mail to: heretostay@gmx.net